

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>VII</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>XXIII</b>
<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
A. Beweissituation im Versicherungsprozess .....	2
B. Technischer Wandel und Digitalisierung als Quellen neuer Beweisprobleme .....	4
C. Ziel der Untersuchung .....	5
D. Gang der Darstellung .....	6
<b>Teil 1 Grundlagen.....</b>	<b>9</b>
A. Grundlagen zur Beweislast.....	10
I. Beweislast.....	11
1. Objektive Beweislast .....	14
a) Sinn und Zweck der objektiven Beweislast .....	15
b) Zeitraum der Anwendbarkeit.....	17
2. Beweisführungslast .....	17
a) Sinn und Zweck der Beweisführungslast .....	18
b) Grad der Beweisführungslast .....	20
II. Behauptungslast .....	21
1. Abstraktheit der Behauptungslast .....	23
2. Konkretheit der Behauptungslast .....	25
3. Umfang der Behauptungslast.....	26
4. Grad der abstrakten Behauptungslast als Hürde des Parteivortrags .....	29
III. Differenzierung von Last und Pflicht .....	31
IV. Verteilung der Beweislast .....	31
1. Maßgeblichkeit des gestrichenen § 193 BGB .....	33
2. Sachgründe der Beweislastverteilung .....	35
3. Einfluss der sprachlichen Formulierung einer Norm auf die Beweislastverteilung .....	36
B. Grenze von Beweislast, Beweismaß und Beweiswürdigung .....	37
I. Beweiswürdigung als Überzeugungsbildung des Richters .....	38
II. Trennungsdogma von Beweislast und Beweiswürdigung .....	40
III. Beweismaß als Maßstab der richterlichen Überzeugung .....	41

C. Regelbeweismaß.....	44
I. Maßgeblicher Wahrscheinlichkeitsbegriff .....	45
II. Quantifizierung von Beweismaßen .....	47
1. Individualismus als Hindernis einer Quantifizierung.....	48
2. Quantifizierung durch eine gesetzliche Regelung.....	51
III. Überwiegende oder sehr hohe Wahrscheinlichkeit als Maßstab zur Überzeugungsgewinnung .....	52
1. Überwiegende Wahrscheinlichkeit als Regelbeweismaß.....	53
2. Sehr hohe Wahrscheinlichkeit als Regelbeweismaß .....	53
3. Kritische Stellungnahme .....	55
a) Höhere Akzeptanz der Entscheidung durch eine erfolgte Beweiswürdigung .....	55
b) Gerechtigkeit als Kriterium .....	56
c) „Popularklagen“ bei Herabsetzung des Regelbeweismaßes.....	56
d) Wortlaut des § 286 I 1 ZPO als Kriterium .....	57
e) Berücksichtigung der historischen Wortbedeutung von „wahr“ .....	58
f) Wortlaut anderer Beweismaßregelungen als entscheidendes Kriterium.....	59
(1) Wortlaut der §§ 287 I 1, 294 ZPO .....	59
(2) Gesetzliche Definition der Glaubhaftmachung in § 4 I 2 FRG und § 3 I 2 WGSVG .....	60
(3) Vergleich mit § 261 StPO .....	61
4. Ergebnis .....	62
D. Beweiserleichterungen .....	62
I. Kategorisierung der Beweiserleichterungen .....	62
II. Notwendigkeit der rechtlichen Begründung für eine Beweiserleichterung.....	63
E. Zusammenfassung der Grundlagen .....	65
<b>Teil 2 Beweismaß im Versicherungsvertragsrecht.....</b>	<b>67</b>
A. Beweiswürdigungs- und -maßregelungen im Versicherungsvertragsgesetz .....	69
I. Beweismaßregelungen zum Versicherungsrecht aus rechtshistorischer Sicht.....	69
II. Versäumnis der Implementierung einer Beweismaßregelung im Zuge der Reform des Versicherungsvertragsgesetzes 2008.....	70
III. Keine Beweiserleichterung in § 7 I VVG a. F. und § 10 VVG .....	74
IV. Keine Beweismaßsenkung in § 30 I VVG a. F. und § 29 I VVG .....	75
1. Interpretationsfähigkeit des Wortlauts .....	75
2. Stellungnahme .....	76

a) Vergleich mit im Wortlaut identischen gesetzlichen Regelungen.....	77
b) Vergleich mit § 252 S. 2 BGB.....	78
3. Ergebnis .....	78
B. Beweiswürdigungs- und Beweismaßvereinbarungen in AVB und durch Individualabrede .....	78
I. Beweiswürdigungs- und Beweismaßvereinbarungen in AVB und durch Individualabrede.....	79
1. Beweiswürdigungsvereinbarungen .....	79
a) Unvereinbarkeit mit der Zivilprozessordnung.....	80
(1) Berücksichtigung des § 286 II ZPO .....	80
(2) Zivilverfahrensrecht als öffentliches Recht .....	81
(3) Zusammenhang von Tatsachen-, Beweismittel- und Beweiswürdigungsvereinbarungen .....	81
(4) Indisponibilität der Beweiswürdigung.....	83
b) Zulässigkeit von Beweiswürdigungsvereinbarungen nach Wagner.....	84
(1) Vereinbarkeit mit dem Beibringungsgrundsatz .....	85
(a) Beweiswürdigungsvereinbarung als konsequente Folge der Zulässigkeit einer Tatsachenvereinbarung.....	85
(b) Keine Trennung von Tatsachen-/Beweisvortrag und Beweiswürdigung .....	87
(2) Irrelevanz der Feststellungsart einer Tatsachenbehauptung .....	87
(3) Streitstand um § 11 Nr. 15 AGBG als Zulässigkeitsargument .....	89
(4) Widerspruch der Rechtsprechung und herrschenden Lehre .....	90
c) Ergebnis .....	91
2. Beweismaßvereinbarungen.....	91
a) Keine Trennbarkeit in der Praxis .....	92
(1) Einfluss des Revisionsrechts.....	92
(2) Differenzierung von Tatsachen- und Rechtsfrage .....	93
b) Amtlichen Überschrift als Argument eine fehlende Trennbarkeit .....	94
c) Mögliche Untrennbarkeit aufgrund der Erforderlichkeit einer abstrakt-generellen Regelung zum Beweismaß .....	95
d) Drohende Aushöhlung der Beweiswürdigung .....	96
e) Keine Bindungswirkung gegenüber dem Gericht .....	97
f) Beweismaßvereinbarungen in AGB und Berücksichtigung des § 309 Nr. 12 BGB .....	98
g) Ergebnis .....	98
II. Beweisrechtliche Regelungen in AVB und durch konkrete Individualabrede .....	99
1. Klauseln zum Nachweis von Sturmschäden .....	99
a) Vereinbarkeit mit Vorgaben der Zivilprozessordnung .....	100
b) Vereinbarkeit mit § 309 Nr. 12 BGB .....	102
c) Vergleich mit dem Beweis des äußeren Bildes.....	103
2. Klauseln zum Beweismaß .....	103
a) Wirksamkeit einzelner AVB zum Beweismaß.....	104
b) Einordnung beweiswürdigungs- und beweismaßverändernder AVB als Definition des Versicherungsfalls .....	104
3. Zusammenfassung .....	106

## Inhaltsverzeichnis

III. Zusammenfassung .....	106
C. Beweismaßregelungen durch die Rechtsprechung.....	106
I. Veränderbarkeit des Beweismaßes .....	108
1. Relativität des Beweismaßes .....	108
2. Beweismaß als starre Vorgabe .....	109
a) Beweismaß als materielles Recht.....	110
b) Endgültigkeit einer Entscheidung aufgrund des Glaubhaftmachens ...	111
3. Ergebnis .....	111
II. Beweismaßherabsenkung als gesetzesimmanente Rechtsfortbildung .....	111
1. Zulässigkeit von richterrechtlicher Rechtsfortbildung des Beweismaßes.....	112
2. Herabsenkung des Beweismaßes als gesetzesimmanente Rechtsfortbildung .....	113
III. Zusammenfassung .....	115
D. Richterrechtliche Rechtsfortbildung im Zivilrecht.....	115
I. Grenzen richterrechtlicher Rechtsfortbildung.....	115
1. Rechtsverweigerungsverbot als maßgeblicher Grund des Richterrechts .....	116
2. Beachtung der Wesentlichkeitstheorie.....	116
3. Außerachtlassen rechtspolitischer Aspekte .....	117
4. Grenzen auch bei Gesetzeslücken .....	118
II. Voraussetzungen richterrechtlicher Rechtsfortbildung .....	118
1. Vorliegen einer Regelungslücke .....	118
2. Einfügung in das bestehende Rechtssystem .....	120
E. Der Beweis des äußeren Bildes im Versicherungsrecht .....	121
I. Mehrstufiges Beweismodell als Antwort auf die Beweisnot .....	126
II. Schutzbedürftigkeit des Versicherers .....	129
III. Rechtliche Klassifizierung des Beweises des äußeren Bildes und Beweismodells .....	131
1. Beweis des äußeren Bildes als eine Fallgruppe des Anscheinsbeweises.....	133
a) Kein typischer Geschehensablauf bei Fahrzeugentwendung .....	134
b) Beweisnot bei atypischem Geschehensablauf.....	135
c) Keine Typizität für den Willen des Versicherungsnehmers.....	136
d) Entkräftigung des Anscheinsbeweises .....	137
e) Berücksichtigung der Ähnlichkeit.....	138
f) Vereinheitlichungsvorschlag von <i>Wandt</i> .....	138
g) Ergebnis .....	139

2. Beweis des äußeren Bildes als ein materiell-rechtliches Merkmal für die Definition des Versicherungsfalls als Beweiserleichterung eigener Art .....	139
a) Überblick zum Versicherungsfall .....	140
b) Maßgebliche Kriterien der Ansicht .....	141
(1) Vorliegen eines ungeschriebenen Versicherungsfalls .....	141
(2) Anwendbarkeit der Zivilprozessordnung im Übrigen.....	141
c) Argumente gegen die Einordnung als ungeschriebener Versicherungsfall.....	142
(1) Differenzierung von § 81 VVG und dem Beweis des äußeren Bildes .....	142
(a) Lediglich gedankliche Anknüpfung des Gegenbeweises an § 81 VVG .....	142
(b) Keine direkte Anwendung des § 81 VVG in der Entwendungssituation .....	144
(c) Berücksichtigung des Sinns und Zwecks des § 81 VVG .....	145
(d) Keine praktische Umsetzung von Gregers Ansicht durch die Versicherer .....	146
(e) Berücksichtigung des Versichererinteresses .....	146
(2) Keine Anwendung des Beweismodells im Rückforderungsprozess des Versicherer.....	147
d) Ergebnis .....	148
3. Beweis des äußeren Bildes als eine Glaubwürdigkeits-vermutung und Beweiserleichterung eigener Art .....	148
a) Überblick zur Glaubwürdigkeitsvermutung.....	148
b) Maßgeblicher Inhalt der Ansicht .....	149
(1) Dogmatische Herleitung .....	149
(2) Maßgebliche Aussagen der Ansicht .....	149
(3) Voraussetzungen der jeweiligen Stufen.....	150
(a) Kriterien der ersten Stufe .....	150
(b) Kriterien der zweiten Stufe .....	151
c) Vergleich mit dem Vorgehen der herrschenden Ansicht.....	152
d) Überzeugende Kritikpunkte an dem Vorgehen der Rechtspraxis.....	153
(1) Fehlende Differenzierung zwischen Haupt- und Gegenbeweis.....	153
(2) Maßgeblicher Einfluss auf den Rechtsstreit .....	154
e) Argumente gegen diese Ansicht.....	155
(1) Keine Anwendung von § 16 III VVG a. F. und § 19 V VVG .....	155
(a) Kein Gestaltungsrecht .....	155
b) Kein missbilligendes Verhalten des Versicherers .....	156
(2) Keine Inkonsistenz der Rechtspraxis .....	157
(3) Problematik der Feststellung des maßgeblichen Beweismaßes....	158
(4) Zusammenfassung der Argumente .....	159
f) Ergebnis .....	159
4. Beweis des äußeren Bildes als eine Art Vermutungsregelung ....	159
a) Überblick zur Vermutung nach der Zivilprozessordnung.....	160
b) Maßgeblicher Inhalt der Ansicht zur Einordnung als Vermutung im Sinne des § 292 ZPO .....	160
(1) Abkehr vom Beweis des Gegenteils .....	160
(2) Veränderung der Beweislast .....	161
c) Begründung der Ansicht .....	161

d) Überzeugende Kritikpunkt der Ansicht.....	162
e) Argumente gegen diese Ansicht.....	162
(1) Keine Formulierung als Beweis des Gegenteils in der Rechtspraxis .....	162
(2) Möglichkeit des Vollbeweises durch den Versicherungsnehmer....	163
(3) Keine begriffliche Enge der Glaubwürdigkeitsvermutung .....	164
(4) Kein besonderer Einfluss des Zufalls .....	164
(5) Kein Einklang mit den übrigen Prinzipien des Beweisrechts.....	164
(6) Fehlende Bestimmbarkeit der Anknüpfungstatsachen .....	166
f) Zwischenergebnis.....	167
g) Ergebnis .....	167
5. Sonstige Erklärungsansätze .....	167
a) Veränderung des Beweisthemas und der Ausschluss subjektiv geprägter Angaben durch den Versicherungsnehmer .....	167
(1) Wesentlicher Inhalt der Auffassung von <i>Hansen</i> .....	168
(2) Diskussion der Ansicht von <i>Hansen</i> .....	169
(a) Zutreffende Kritik durch <i>Hansen</i> .....	169
(b) Argumente gegen die Einordnung von <i>Hansen</i> .....	169
(i) Wertung von § 448 ZPO.....	169
(ii) Veränderung des Beweisthemas .....	170
(iii) Berücksichtigung der abstrakten Behauptungslast.....	171
(3) Ergebnis .....	171
b) „Überwiegende“ Wahrscheinlichkeit auf der ersten Stufe und eine Beweiserleichterung zugunsten des Versicherers .....	172
(1) Wesentlicher Inhalt der Auffassung von <i>Bach</i> und seine Argumentation.....	172
(2) Kritikpunkte an der Ansicht von <i>Bach</i> .....	173
(a) Beachtung des allgemeinen Sprachgebrauchs .....	173
(b) Keine Quantifizierung des Beweismaßes .....	173
(c) Unterschiedliche Beweisanforderungen auf den unterschiedlichen Stufen des Beweismodells.....	174
(3) Ergebnis .....	174
c) Auflösung des Haupt- und Gegenbeweises.....	175
(1) Wesentlicher Inhalt der Kritik.....	175
(2) Begründung der einstufigen Prüfung .....	175
(3) Kritik an der einstufigen Prüfung .....	176
(a) Grundsätzlich keine Vermischung verschiedener Beweismaße .....	176
(b) Notwendigkeit einer Struktur.....	177
(i) Einhaltung einer Struktur zum Vorteil des Versicherungsnehmers.....	177
(ii) Berücksichtigung zivilgerichtlicher Entscheidungen.....	178
(4) Ergebnis .....	179
d) Anwendung der <i>causa proxima</i> -Regel aus dem Transportversicherungsrecht .....	180
(1) Argumente von <i>Langheid</i> .....	180
(2) Kritik an der Ansicht von <i>Langheid</i> .....	180
(a) Keine Übertragung des Beweismaßes aus einem Musterklageverfahren zum Deliktsrecht .....	181

(b) Keine Maßgeblichkeit der überwiegenden Wahrscheinlichkeit in der Entwendungssituation .....	181
(c) Weitere Kritikpunkte an der Ansicht von <i>Langheid</i> .....	181
(3) Ergebnis .....	182
6. Eigene Klassifizierung .....	182
a) Erste Stufe des Beweismodells .....	183
(1) Äußeres Bild einer Entwendung .....	183
(a) Subjektive Komponente im äußeren Bild .....	185
(i) Keine Darlegungslast für das subjektive Element.....	185
(ii) Vermutung <i>sui generis</i> für das subjektive Element.....	185
(aa) Keine Vermutung im Sinne des § 292 ZPO .....	187
(bb) Argumente für die Einordnung als Vermutung <i>sui generis</i> .....	188
(cc) Berücksichtigung der Interessen Dritter .....	189
(iii) Anwendbarkeit auf andere Entwendungsarten .....	191
(iv) Zwischenergebnis .....	192
(b) Bestimmtheit der Begrifflichkeiten aufgrund von Fallkasuistik .	192
(c) Art der Beweisführung .....	194
(i) Positiver Indizienbeweis .....	194
(ii) Negativer Indizienbeweis.....	194
(iii) Fallkasuistik als Bestimmung der maßgeblichen Indiziatssachen .....	195
(iv) Unterschied zum regulären Indizienbeweis .....	196
(d) Zwischenergebnis .....	196
(2) Glaubwürdigkeitsvermutung des Versicherungsnehmers .....	197
(a) Glaubwürdigkeitsvermutung als besondere Beweiswürdigungsregel.....	197
(i) Argumente für die Einordnung als besondere Beweiswürdigungsregel.....	198
(aa) Faktisches Beweismittel.....	198
(aaa) § 141 ZPO als kein ordentliches Beweismittel ..	199
(bbb) Ausnahme der Vier-Augen-Situation.....	199
(bb) § 448 ZPO in der Entwendungssituation.....	200
(aaa) Notwendigkeit des Anbeweises .....	200
(bbb) Ausschluss der Anwendbarkeit von § 448 ZPO .....	201
(ccc) Sonderfall: Beobachtung des Entwendungsvorgangs .....	203
(i) Zwischenergebnis .....	203
(ii) Anwendbarkeit der üblichen Beweisregeln .....	204
(iii) Rechtstechnische Begründung.....	205
(aa) Unschuldsvermutung .....	205
(bb) Keine übliche Vermutungsregelung .....	206
(iv) Einheitliches Beweismodell .....	208
(v) Zwischenergebnis .....	208
(b) Grenzen der Anwendbarkeit der Beweiswürdigungsregel.....	209
(i) Negative Ergiebigkeit der vorhandenen Beweismittel .....	209
(ii) Unergiebigkeit der vorhandenen Beweismittel.....	210
(iii) Teilweise Unergiebigkeit der übrigen Beweismittel .....	211
(iv) Herbeiführung der Beweisnotsituation .....	212
(v) Negative Ergiebigkeit bei falschem Inhalt.....	213

(vi) Verhinderung einer ordnungsgemäßen Beweiserhebung.....	215
(vii) Keine Pflicht zur Anhörung nach § 141 ZPO .....	217
(viii) Unerkannt unredlicher Versicherungsnehmer.....	219
(ix) Maßgeblichkeit des Tatsachenvortrags.....	221
b) Zweite Stufe des Beweismodells .....	221
(1) Beweismaß und die Struktur der zweiten Stufe .....	221
(a) Beweismaß der zweiten Stufe .....	222
(i) Einordnung der erheblichen Wahrscheinlichkeit oberhalb der hinreichenden Wahrscheinlichkeit .....	223
(ii) Keine Beweismaßsenkung zum Vorteil des Versicherers .....	224
(b) Struktur der zweiten Stufe .....	225
(i) Keine besondere Relevanz von Indiz-Indizien .....	225
(ii) Unbeachtlichkeit der Anzahl an Indizien .....	226
(iii) Beweisbarkeit nach einem geführten Gegenbeweis .....	227
(c) Zwischenergebnis .....	228
(2) Anforderungen an den Gegenbeweis und die ernstlichen Zweifel an der Glaubwürdigkeit.....	228
(a) Differenzierung der Beweismaße auf der zweiten Stufe .....	229
(b) Unterscheidung zwischen Vortäuschung des Versicherungsfalls und Zweifeln an der Glaubwürdigkeit.....	230
(c) Ernstliche Zweifel .....	230
(i) Kein Unterschied zur ersten Stufe .....	231
(ii) Sonderfall der positiven Feststellung der Glaubwürdigkeit des Versicherungsnehmers .....	232
(d) Keine Veränderung des Gegenbeweises .....	232
(3) Angriffsmöglichkeiten des Versicherers .....	233
(a) Vortrag gegen die Glaubwürdigkeit.....	233
(b) Vortrag gegen das äußere Bild.....	234
(c) Dritte Stufe des Beweismodells .....	235
7. Zusammenfassung.....	235
IV. Rechtsdogmatische Grundlage, Begründung und Rechtsnatur des Beweismodells .....	236
1. Rechtsdogmatische Grundlage des Beweismodells .....	237
a) Konkludente Vertragsvereinbarung .....	237
(1) Hypothetischer Parteiwillen .....	239
(2) Fehlende Disponibilität der Parteien über das Beweismaß.....	240
(aa) Fehlende Disponibilität über die Beweiswürdigungsregel .....	241
(bb) Einheitlichkeit des Beweismodells .....	241
b) Richterrecht als rechtsdogmatische Grundlage .....	242
(1) Normativer Anknüpfungspunkt .....	243
(2) Keine Rechtsfortbildung <i>contra legem</i> .....	244
(3) Voraussetzungen des Richterrechts beim Beweismodell .....	245
(aa) Abstrakte Fallgruppen.....	245
(bb) Rechtlich vertretbares Ergebnis .....	246
(cc) Berücksichtigung der Rechtsordnung .....	246
(dd) Beachtung der Besonderheiten der besonderen Beweiswürdigungsregel .....	247

(ee) Notwendigkeit einer Differenzierung in der Begründung .....	248
c) Zwischenergebnis.....	249
2. Rechtsdogmatische Begründung des Beweismodells .....	249
a) Dogmatische Begründung der ersten Stufe.....	249
(1) Keine Begründung durch die Glaubwürdigkeitsvermutung .....	250
(2) Beweisnot als Begründung für die Tatsachenvermutung <i>sui generis</i> .....	251
(3) Beweisnot als Begründung für die besondere Beweiswürdigungsregel.....	251
(4) Keine Notwendigkeit weiterer Begründungen.....	252
b) Dogmatische Begründung der zweiten Stufe.....	253
3. Rechtsnatur des Beweismodells .....	254
4. Zusammenfassung .....	256
V. Anwendungsbereich des Beweismodells.....	256
1. Persönlicher Anwendungsbereich.....	256
a) Anwendung des Beweismodells bei Auseinanderfallen von Nutzer und Versicherungsnehmer .....	258
b) Anwendbarkeit des Beweismodells bei einem gewerblich handelnden Versicherungsnehmer.....	258
2. Sachlicher Anwendungsbereich.....	259
a) Bedeutung der Struktur für das Beweismodell.....	260
(1) Kriterien der Struktur .....	261
(2) Berücksichtigung besonders schwerwiegender Beweisnotsituationen.....	262
b) Anwendbarkeit des Beweismodells auf verschiedene Bestandteile einer Sache und bei Sachgesamtheiten .....	263
(1) Teile der versicherten Sache .....	264
(a) Konkrete Zuordnung zu einer (Gesamt-)Sache .....	266
(b) Allgemeine Zuordnung zu einer (Gesamt-)Sache .....	268
(c) Anwendbarkeit der besonderen Beweiswürdigungsregel .....	268
(i) Kein Obiter Dictum .....	269
(ii) Vergleichbare Beweisnotsituation.....	269
(aa) Wahrnehmung des Versicherungsnehmers .....	270
(bb) Kein Widerspruch zur Rechtsprechung.....	271
(d) Zwischenergebnis .....	272
(2) Gegenstände an oder innerhalb einer (anderen) Sache .....	273
(3) Sachgesamtheiten und eine Vielzahl an Gegenständen .....	273
(a) Beweiserleichterungen im Rahmen von Sachgesamtheiten und einer Vielzahl von Gegenständen .....	275
(i) Maßgeblichkeit nur einer Sache .....	275
(ii) Maßgeblichkeit einiger Sachen.....	276
(iii) Maßgeblichkeit des wesentlichen Anteils der Sachen .....	277
(iv) Zwischenergebnis .....	278
(b) Einzelprobleme bei Sachgesamtheiten und einer Vielzahl an Gegenständen.....	279
(i) Anwendungsfälle der Maßgeblichkeit der wesentlichen Gegenstände.....	279

## Inhaltsverzeichnis

(ii) Differenzierung von Sachgesamtheit und einer Vielzahl an Gegenständen .....	280
(iii) Anwendung im gewerblichen Bereich.....	282
(iv) Keine (weitere) Veränderung der Darlegungslast .....	282
(v) Zwischenergebnis .....	283
c) Vertraglicher Anwendungsbereich.....	283
(1) Einzelne versicherte Gefahren .....	285
(a) Einbruchsdiebstahl.....	285
(b) Raub und räuberische Erpressung .....	286
(c) Unterschlagung .....	288
(d) Vandalismus.....	289
(i) Vandalismusschäden ohne Zusammenhang zum Diebstahl .....	289
(ii) Beschädigungen im Zusammenhang mit der versicherten Gefahr der Entwendung .....	291
(e) Kollision mit Wild.....	293
(2) Einzelne Versicherungsprodukte .....	294
(a) Reisgepäckversicherung .....	294
(b) Valoren- und Instrumenten-/Kunstversicherung.....	296
(c) Handy- und Brillenversicherung .....	298
(d) Haftpflichtversicherungen .....	299
3. Zeitlicher Anwendungsbereich .....	300
4. Zusammenfassung .....	301
 VI. Die Elemente des äußeren Bildes .....	302
1. Äußerer Bild des (einfachen) Diebstahls .....	303
a) Rahmensachverhalt.....	304
b) Späteres Auffinden der Sache.....	305
c) Schlüsselverhältnisse beim (einfachen) Diebstahl.....	306
(1) Keine Beweislastumkehr .....	308
(2) Schlüsselverhältnisse und der Gegenbeweis .....	308
2. Äußerer Bild des Einschleich- und Einstiegsdiebstahls als Einbruchsdiebstähle im weiteren Sinne .....	309
a) Keine Notwendigkeit des Vorliegens von Einbruchsspuren .....	309
(1) Fehlen von objektiven Spuren .....	310
(2) Ausschluss aus anderen Gründen.....	311
b) Negativer Indizienbeweis .....	311
3. Äußerer Bild des Einbruchsdiebstahls im engeren Sinne .....	313
a) Plausibilität des Spurenbildes.....	314
b) Nachschlüsseldiebstahl .....	316
(1) Differenzierung in der Beweisführung.....	317
(2) Negativer Indizienbeweis beim Nachschlüsseldiebstahl .....	318
(3) Zwischenergebnis .....	318
c) Mehrdeutigkeitsproblem .....	318
4. Struktureller Aufbau des äußeren Bildes .....	319
 VII. Zusammenfassung.....	321

F. Beweismaß bei Brand, Unfall, mehreren verwirklichten Gefahren und der Rückforderung durch den Versicherer .....	322
I. Nachweisbarkeit des Versicherungsfalls Brand .....	322
1. Eintritt des Versicherungsfalls .....	322
2. Herbeiführung des Versicherungsfalls .....	323
3. Brandstiftung als besondere Situation für den Versicherer .....	325
II. Nachweisbarkeit des Versicherungsfalls Kraftfahrzeug-Unfall .....	326
III. Zusammentreffen mehrerer versicherter Gefahren .....	327
1. Konnexität der versicherten Gefahren .....	328
a) Keine Verknüpfung der verschiedenen Versicherungsfälle .....	329
b) Selbstständigkeit der verschiedenen Versicherungsfälle .....	330
2. Beweisführung bei konnexen Versicherungsfällen .....	331
IV. Beweismaß im Rückforderungsprozess .....	332
1. Keine Beweisnot des Versicherers .....	333
2. Berücksichtigung des Hauptbeweises .....	333
V. Zusammenfassung .....	335
G. Zusammenfassung zum Beweismaß im Versicherungsvertragsrecht .....	335
<b>Teil 3 Technischer Wandel .....</b>	<b>339</b>
A. Einfluss des technischen Wandels auf die versicherte Gefahr der Entwendung .....	341
I. Einfluss des technischen Wandels und der Digitalisierung auf den einfachen Diebstahl und dessen äußeres Bild .....	342
1. Einfluss von Wegfahrsperrern auf das Beweismodell und die Beweisführung .....	342
a) Elektronische Wegfahrsperrre der ersten Generation .....	343
b) Elektronische Wegfahrsperrre der zweiten Generation .....	343
c) Elektronische Wegfahrsperrre der dritten Generation .....	344
d) Elektronische Wegfahrsperrre der vierten Generation .....	345
e) Kein Einfluss auf die Behauptungslast .....	346
(1) Einfluss der elektronischen Wegfahrsperrre auf die Schlüsselverhältnisse .....	346
(2) Beweisnot bei Vorliegen einer Wegfahrsperrre .....	347
2. Einfluss von neueren Fahrzeugschlüsselsystemen als Zündungs- und Datenspeichergerät auf das Beweismodell und die Beweisführung .....	349
a) Gemeinsamkeit neuartiger Fahrzeugschlüssel .....	349
b) Fahrzeugschlüssel als Speicherort für Fahrzeugdaten .....	349
c) Die Schlüsselverhältnisse bei neuartigen Arten von Fahrzeugschlüsseln .....	350

## Inhaltsverzeichnis

(1) Schlüsselverhältnisse als Bestandteil des äußeren Bildes bei neuartigen Fahrzeugschlüsseln.....	350
(a) Einordnung der Schlüsselverhältnisse als Teil des äußeren Bildes .....	351
(b) Keine erhöhte Darlegungslast durch Vorhandensein von Fahrzeugdaten.....	351
(i) Kein Abweichen von der Struktur des Beweismodells im Einzelfall.....	352
(ii) Hypothetische Prüfung .....	353
(2) Einordnung des Schließmechanismus als Indiz .....	354
(3) Zwischenergebnis .....	354
3. Einfluss von Ortungsdaten in Fahrzeugen auf das Beweismodell und die Beweisführung.....	354
a) Funktionsweise der Speicherung von Ortungsdaten in der Gegenwart.....	356
(1) Variationen aufgrund verschiedener Hersteller.....	356
(2) Zu beachtende Einzelheiten .....	356
b) Einfluss der Standortdaten auf das Beweismodell.....	357
(1) Möglicher Einfluss der Standortdaten auf die Darlegungslast.....	357
(a) Ansicht des OLG Celle .....	358
(b) Auskunftsanspruch des Versicherungsnehmers für seine Standortdaten.....	358
(2) Eigene Einordnung .....	359
(a) Ungerechte Risikoverteilung.....	360
(b) Risiko der Durchsetzung des Auskunftsanspruchs .....	361
(c) Beeinflussung der Daten .....	361
(d) Veränderung des äußeren Bildes .....	361
(e) Berücksichtigung auf der zweiten Stufe .....	362
(3) Zwischenergebnis .....	363
4. Zusammenfassung.....	363
II. Einfluss des technischen Wandels und der Digitalisierung auf den einfachen Diebstahl und den Gegenbeweis des Versicherers .....	363
1. Herausgabe der Daten durch den Versicherungsnehmer nach § 31 I 1 und 2 VVG.....	364
a) Telos der Auskunftsbiliegenheit.....	365
b) Erforderlichkeit der Auskunftsbiliegenheit.....	365
c) Beschränkung durch Frageumfang .....	366
d) Interesse des Versicherers an lesbaren Daten .....	366
(1) Verschriftlichte Daten .....	366
(2) Zumutbarkeit des Tätigwerdens des Versicherungsnehmers .....	367
(a) Unzumutbarkeit einer gerichtlichen Durchsetzung von Art. 15 DS-GVO .....	367
(b) Maßgeblichkeit der tatsächlichen Zugriffsmöglichkeit.....	368
(c) Qualifiziertes Anspruchsschreiben .....	369
e) Zwischenergebnis.....	369
2. Herausgabe der Daten durch den Hersteller nach den Regelungen der ZPO .....	370
a) Standort- und Fahrzeugdaten als elektronische Dokumente im Sinne des § 371 I 2 ZPO .....	370

b) Maßgeblichkeit der §§ 371 I 2, II, 422 ff. ZPO .....	371
c) Fallgruppen von § 371 II ZPO.....	371
d) Maßgeblichkeit der Beweisaufnahme von Amts wegen.....	372
(1) Voraussetzungen der Herausgabepflicht des Herstellers .....	373
(2) Berücksichtigung der tatsächlichen Umstände .....	374
e) Zwischenergebnis.....	374
3. Zusammenfassung.....	374
III. Einfluss des technischen Wandels und der Digitalisierung auf den Einbruchsdiebstahl.....	375
1. Einfluss von neueren (elektronischen) Schließmechanismen auf den Einbruchsdiebstahl bei Versicherungsverträgen außerhalb von Gebäuden.....	375
a) Technische Funktionsweise.....	375
b) Technische Sicherheit .....	376
c) Keine Anwendbarkeit der Grundsätze zum Einbruchsdiebstahl.....	377
d) Fallgruppe des elektromagnetischen Diebstahls .....	378
(1) Grundsätze des elektromagnetischen Diebstahls.....	379
(2) Zukünftige Nachweisschwierigkeiten .....	382
2. Einfluss von neueren (elektronischen) Schließmechanismen auf den Einbruchsdiebstahl in der Hausrat- und Gebäudeversicherung .....	383
a) Technische Funktionsweise.....	383
b) Technische Gefahren .....	384
c) Bisherige Lösungsansätze.....	384
d) Eigener Lösungsansatz .....	385
3. Zusammenfassung.....	387
IV. Zusammenfassung .....	387
B. Einfluss des technischen Wandels und der Digitalisierung auf die versicherten Gefahren des Brands sowie des Unfalls.....	388
C. Zusammenfassung des technischen Wandels .....	389
<b>Teil 4 Schaffung und Implementierung eines neuen § 99a VVG .....</b>	<b>391</b>
A. Wortlaut der Norm .....	392
B. Systematische Einordnung der Norm.....	393
C. Entwurf der Gesetzesbegründung.....	394
<b>Teil 5 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....</b>	<b>397</b>
<b>Teil 6 Ausblick .....</b>	<b>401</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>403</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>433</b>